

## Antrag

**der Abgeordneten Katrin Kunert, Dr. Axel Troost, Harald Koch, Richard Pitterle, Ingrid Remmers, Frank Tempel, Dr. Gesine Löttsch, Dr. Dietmar Bartsch, Herbert Behrens, Karin Binder, Heidrun Bluhm, Steffen Bockhahn, Roland Claus, Caren Lay, Sabine Leidig, Thomas Lutze, Kornelia Möller, Jens Petermann, Dr. Ilja Seifert, Kersten Steinke, Sabine Stüber, Alexander Süßmair, Dr. Kirsten Tackmann und der Fraktion DIE LINKE.**

### **Zukunft der Kommunalfinanzen – Transparenz gewährleisten und Öffentlichkeit herstellen**

Der Bundestag wolle beschließen:

#### I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Am 24. Februar 2010 hat das Bundeskabinett beschlossen, eine Gemeindefinanzkommission zur Neuordnung der Gemeindefinanzierung einzusetzen. Die Bundesregierung hat richtigerweise erkannt, dass es aufgrund der Finanzkrise der Kommunen akuten Handlungsbedarf gibt. Um vor dem Hintergrund der Glaubwürdigkeit und der Ernsthaftigkeit Lösungen im Interesse der Städte, Gemeinden und Landkreise, d. h. eine dauerhafte, stabile und angemessene Finanzausstattung, zu finden, ist es erforderlich, die Arbeit der Gemeindefinanzkommission für Bürgerinnen und Bürger, Kommunen, Verbände, Gewerkschaften und die Mitglieder des Deutschen Bundestages transparent zu gestalten und Öffentlichkeit herzustellen.

#### II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, sicherzustellen, dass

- eine breite und ergebnisoffene Debatte geführt wird mit dem Ziel, den Kommunen zukünftig dauerhaft mehr und stabile Einnahmen zur Verfügung zu stellen; dabei ist auch eine Neuordnung der Finanzen zwischen Bund, Ländern und Kommunen in Betracht zu ziehen;
- Kommunen, die sich direkt beteiligen wollen, die Möglichkeit erhalten, ihre Interessen zu artikulieren und in den Diskussionsprozess einzubringen; das setzt voraus, dass es ein für alle nachvollziehbares und transparentes Verfahren der Arbeit der Regierungskommission gibt und ein entsprechend breiter Zeithorizont eingeplant wird;
- Vorschläge, die bisher von kommunalen Vertretungen und Wahlbeamten, Gewerkschaften und Verbänden sowie Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen erarbeitet wurden, in die Arbeit der Regierungskommission einfließen;

- die Regierungskommission regelmäßig über den Stand der Arbeit öffentlich Bericht erstattet; informiert werden sollen sowohl die entsprechenden Gremien des Deutschen Bundestages als auch in geeigneter Weise die breite Öffentlichkeit.

Berlin, den 23. März 2010

**Dr. Gregor Gysi und Fraktion**